

FAILL



Atommacht Schweiz
Fabrikzeitung Nr. 377, April 2022

Editorial

Schon kurz nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine fordern die bürgerlichen Parteien eine Aufstockung des Schweizer Militärbudgets von 5 auf 7 Milliarden Franken. Ähnlich klingt es aus Deutschland: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kündigte bereits kurz nach der russischen Invasion in die Ukraine an, dass die Bundeswehr ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für Investitionen und Rüstungsvorhaben erhalten soll.
Zugleich sagte er zu, Deutschland werde «von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren». Dieser gegenwärtige «Aufrüstungs-Reflex» erinnert stark an militärische Grossmachtfantasien der Schweizer Militärs während des Kalten Krieges.

Aus aktuellem Anlass schauen wir deshalb zurück in die Mitte des finsternen 20. Jahrhunderts – als man glaubte, dass sich die Welt einzig in Dichotomien erklären lässt: Ost gegen West, Kapitalismus gegen Kommunismus, Gut gegen Böse. Eine Zeit in welcher jeder gute Schweizer Haushalt mit einem Luftschutzkeller, Jodtabletten und einem Vorrat an Ravioli Konserven ausgestattet war. Der Notfall wurde dauerhaft antizipiert und prägte die Schweizer Nachkriegsgesellschaft mindestens bis zum Fall der Mauer und der Auflösung der Sowjetunion.

Doch manchen Schweizer*innen war das «Einbunkern» allein zu wenig – man träumte von der eigenen Atombombe und Flugzeugen, welche nicht nur defensiv, sondern auch offensiv eingesetzt werden konnten. Als 1946 von Bundesrat Karl Kobelt die Studienkommission für Atomenergie (SKA) ins Leben gerufen wurde, ging es nicht nur um Kernenergie; Ziel war die «Schaffung einer schweizerischen Uran-Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie-Verwendung beruhen». 1947 gewährte das schweizerische Parlament einen Kredit in Höhe von 18 Millionen Schweizer Franken, ohne von den militärischen Absichten Bundesrat Kobelts und somit auch der Kommission zu wissen. In der Fabrikzeitung Nr. 377 porträtierten wir das Schweizer Kernwaffenprogramm von 1945–1988 als Teil der geistigen Landesverteidigung und der paranoiden Selbstdefinition einer wehrhaften Schweiz im 20. Jahrhundert.

Bildindex

Cover: Bundesrat Paul Chaudet, zweiter von links, Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, sowie hohe Militäroffiziere bei einer Flugvorführung im Juli 1955. Credit: Keystone/ Photopress-Archiv

Seite 3: Christmas Island war Schauplatz von insgesamt über vierzig amerikanischen und britischen Atomwaffentests in den 1950er und 60er Jahren. Credit: US Department of Energy

Seite 3: Eine Plutoniumprobe wird in einen Probenhalter geladen, um den elektrischen Widerstand bei sehr niedrigen Temperaturen zu messen. Credit: US Department of Energy

Seite 6: Trinity-Atomtest, New Mexico (16. Juli 1945). Die Helligkeit der Trinity Explosion brannte Löcher durch den fotografischen Film. Credit: Berlyn Brixner

Seite 8/9: Der modulare Aufrüstungspanzer MBT Revoluti-on, ausgestellt an der weltweit grössten Waffenmesse Eurosa-tory 2012 (Frankreich). Credit: Guillaume Herbaut / Keystone

Seite 11: Die Silhouette von J. Robert Oppenheimer, dem wissenschaftlichen Leiter des Manhattan-Projekts, bei der Endmontage auf dem Trinity-Testgelände im Juli 1945. Credit: U.S. Department of Defense

Seite 14: Feuerball und rot leuchtende Kugelwelle, die sich nach dem Atombombentest «Hardtack Teak» am 1. August 1958 beim Johnston Atoll bildeten, aufgenommen 780 Meilen von der Explosion entfernt. Credit: US Department of Energy
Seite 14: Röntgenaufnahme des Beckens eines Krebs-Patienten, auf der implantierte «Seeds» aus radioaktivem Chromdrakt zu sehen sind, die dauerhaft im Körper verbleiben können (1968). Credit: US Department of Energy

Backcover: Ein abgestürztes Mirage Kampfflugzeug der Schweizer Luftwaffe wird nach dem Unglück am 3. April 1969 aus dem See gehoben.

Gefahr für das vaterländische Erbgut
Diskussionen um die Schweizer Atombombe

Von Roman Schürmann

Was tut ein Bundesrat, der am Ende des Zweiten Weltkriegs für die Armee zuständig ist und erfährt, dass in Japan zwei Atombomben explodieren? Der freisinnige Militärminister Karl Kobelt gründet am 5. November 1945 die «Studienkommission für Atomenergie», die gemäss den geheimen Richtlinien vom 5. Februar 1946 nicht nur die zivile Nutzung untersuchen, sondern zudem «Uranbomben» oder «andere geeignete Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen», entwickeln soll.

Erwähnt wird auch der mögliche Einsatz solcher Waffen «als Flugzeugbomben». Tatsächlich spielt dieser Aspekt eine wichtige Rolle, als es Ende der fünfziger Jahre darum geht, neue Kampfflugzeuge zu kaufen. Oberstdivisionär Etienne Primault, der Kommandant der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, gibt am 29. November 1957 die Richtung vor: «Wenn man ein Flugzeug hätte, wie beispielsweise den Mirage, der fähig ist, mit Atombomben bis nach Moskau zu fliegen, so könnte man sich einen Einsatz auch im Feindesland vorstellen.» Bereits ein paar Monate vorher befürwortet eine militärische Expertengruppe die Einführung taktischer Atomwaffen.

Die Freiheit der Kinder Gottes
Erst als sich die Militärs einig sind, beginnt sich auch die breite Öffentlichkeit für das Problem zu interessieren. Direkter Auslöser ist die bundesrätliche Erklärung zur Frage einer Schweizer Atombewaffung vom 11. Juli 1958, die grosse Beachtung findet. Es heisst da etwas pathetisch: «In Übereinstimmung mit unserer jahrhundertealten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat deshalb der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutze der Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören Atomwaffen.»

Während sich die Gegner*innen in der Schweizer Bewegung gegen die atomare Aufrüstung formieren und bereits am 29. April 1959 eine Initiative einreichen, die Atomwaffen in der Schweiz verbieten will, wird im Militärdepartement abgeklärt, wie die Bombe nun am besten zu beschaffen sei. Den Sozialdemokraten geht ein komplettes Verbot zu weit. Sie lancieren eine eigene Initiative, die ein obligatorisches Referendum vorsieht, falls Atomwaffen gekauft werden sollen. Die beiden Initiativen kommen 1962 respektive 1963 an die Urne. Der Abstimmungskampf ist heftig, geht es doch, wie Kobelts Nachfolger und Parteikollege Paul Chaudet sagt, «um eine bedeutende politische, psychologische und moralische Frage»; später meint er gar, das «vaterländische Erbgut» sei in Gefahr.

Dabei ist klar, dass es kaum möglich sein wird, einfach so irgendwo Atomwaffen einzukaufen, und dass es sehr teuer wäre und lange dauern würde, eigene Bomben zu entwickeln. Doch das schreckt die Befürworter*innen nicht ab: «Wenn man bedenkt, welche wesentliche Verstärkung schon etwa hundert dieser Waffen [Atombomben wie diejenige, die am 6. August 1945 auf Hiroshima abgeworfen wurde und über 140'000 Menschen tötete] für unsere Verteidigung bedeuten würden, kann man nicht bestreiten, dass diese Ausgabe auch für uns tragbar ist», schreibt 1961 der Schweizerische Aufklärungsdienst (SAD). Eine wichtige Organisation der antikomunistisch ausgerichteten Geistigen Landesverteidigung, die sich im Vorfeld der Abstimmungen stark für die Bombe engagiert.

Auch bezüglich der radiologischen Folgen einer Atomexplosion geben sich die Befürworter*innen gelassen: Sie sind überzeugt, dass sich Soldaten und Zivilbevölkerung vor negativen Auswirkungen schützen könnten und weisen darauf hin, dass ein paar wenige Schweizer Nuklearwaffen nicht ins Gewicht fallen würden. Die wahre Bedrohung sei eine andere: «Die Gefährdung der Menschheit infolge der zunehmenden Radioaktivität ist unvergleichlich viel geringer als jene infolge der politischen Unterjochung, der persönlichen Entrechtung und der kommunistischen Sklaverei», findet Paul Huber 1959 in einer SAD-Publikation.

Der in der Schweiz besonders ausgeprägte Antikomunismus taucht auch im Zusammenhang mit ethischen und religiösen Argumenten auf. Der katholische Publizist Carl Doka fragt 1958: «Hat etwa ein Christ ein Recht [...], die Atomwaffe zu verweigern, mit der klar vorauszuhenden Folge, dass der Antichrist die Freiheit der Kinder Gottes auch im bis heute nicht-kommunistischen Teil der Welt vernichtet?» Und der einflussreiche Offizier und Militärtheoretiker Alfred Ernst sieht die «Menschenwürde» dessen bedroht, der «sich, ohne äussersten Widerstand zu leisten, der kommunistischen Herrschaft beugt».

Sehr kontrovers diskutiert wird die Frage, inwieweit die Neutralität Einfluss auf eine mögliche atomare Aufrüstung hat. Machen solche Waffen eine neutrale Position nicht unglaubwürdig? Für den SAD besteht kein Zweifel: «Die Anschaffung von Atomwaffen wird sogar zu einer Neutralitätspflicht, wenn die Landesverteidigung ohne dieselben nicht wirksam ist.»

Mehr Soldaten als Biologen

Und die Gegner*innen? Deren Argumente gegen helvetische Atombomben klingen um einiges nüchterner: Es handle sich um keine normale Waffe, sondern um etwas qualitativ Neues, die «Kriegführung mit Atomwaffen stehtjenseits der [ethischen] Grenzen (wie auch die Anwendung von Foltermethoden und Geislerschlessungen)», stellt der reformierte Pfarrer Eduard Wildbolz fest, während der ehemalige Oberfeldarzt und Brigadier Paul Vollenweider, einer der wenigen gegen die Beschaffung von Atomwaffen opponierenden Offiziere der Schweizer Armee, auf das «Andersartige» bei den Atombomben» hinweist, nämlich «die Strahlungsschädigungen». Der Biologe und Atomexperte Gerhart Wagner sagt klar: «Die Atomwaffen haben biologisch gesehen nur negative Seiten.» Wagner gibt auch eine mögliche Erklärung, weshalb dieser Aspekt von den Befürworter*innen vernachlässigt wird: «Weil es in der Schweiz mehr Soldaten als Biologen gibt.» Auch das antikomunistische Argument überzeugt die Gegner*innen nicht; es erweise sich, so Wagner, vielmehr als fatal: «Aber das Mittel [Atomwaffen], mit dem allein

die freie Welt diese Macht [Kommunismus] in Schranken hält, bedroht die Zukunft der ganzen Menschheit auf eine vielleicht noch teuflischere Weise. Sie bedroht nicht nur die Freiheit oder das Leben, sie bedroht die Lebensmöglichkeit.» Die Absurdität einer religiös begründeten Zustimmung zu Atomwaffen wird in der von der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung publizierten Zeitschrift «Atobulletin» entlarvt: Ein Christ wisse, «dass er seinem vom Evangelium geweckten Gewissen zu folgen hat, wenn ihn die Abstimmung [...] an die Urne ruft», heisst es im Januar 1963: Wer zur atomaren Aufrüstung «nicht ausdrücklich Nein sagt, der sagt Ja zu ihr».

Die Gegenseite äussert sich so, wie sich Linke und Progressive immer wieder rechtfertigen müssen: «Auf der einen Seite stehen die lebensbejahenden Kräfte und Kreise unseres Volkes, die für eine humane Schweiz in einem vom Menschen bestimmten Atomzeitalter eintreten. Auf der anderen Seite haben sich jene Kreise und Kräfte gesammelt, die verflossene Zeiten und Ideologien vergangener Jahrhunderte nachhängen und sich in unserem neuartigen Zeitalter in keiner Weise mehr zurechtfinden», schreibt der Aktivist Heinrich Buchbinder im «Atobulletin» vom April 1963.

Ein Hirngespinnst
Doch diese Argumente verfangen bei den Schweizer Männern nicht. Die erste Initiative wird am 1. April 1962 mit 65,2 Prozent bachab geschickt. Nur Neuenburg, Waadt, Genf und Tessin sprechen sich für ein Verbot von Atomwaffen in der Schweiz aus. Nicht viel besser ergeht es dem zweiten Begehren, das am 26. Mai 1963 mit 62,2 Prozent verworfen wird; dieses Mal stimmt auch Basel-Stadt der Initiative zu.

Ist der Weg jetzt frei für die Schweizer Atombombe? Aus heutiger Sicht ist klar: Diese Idee war ein Hirngespinnst und hatte nie eine Chance auf Realisierung. Aber noch 1964 ist sie etwa für den Chef des Nachrichtendiensts der Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr, Rolf Lécher, unabdingbar: «Es ist echte Schweizerart, im Kampfe nach der mosaisch-biblischen Formel: ‘Auge um Auge, Zahn um Zahn, Wunde um Wunde, Brandmal um Brandmal» zu handeln. Sollte ein Gegner uns in Zukunft einmal mit Nuklearwaffen angreifen wollen, so wäre es notwendig, ihm mit derselben ‘Münze heimzahlen zu können.»

Neben einer Atombombenproduktion im eigenen Land oder einer Zusammenarbeit mit dem ebenfalls neutralen Schweden denken die zuständigen Stellen im EMD auch an den «Ankauf von Kernwaffen im Ausland auf rein kommerzieller Basis, insbesondere in Frankreich», wie der Unterstabschef Planung und spätere Fliegerkommandant Eugen Studer am 21. Oktober 1963 schreibt. Studer rechnet damit, in 35 Jahren eine eigene Uranbombe für 720 Millionen Franken entwickeln zu können – falls statt Uran Plutonium verwendet würde, daure es 27 Jahre und koste 2,1 Milliarden Franken.

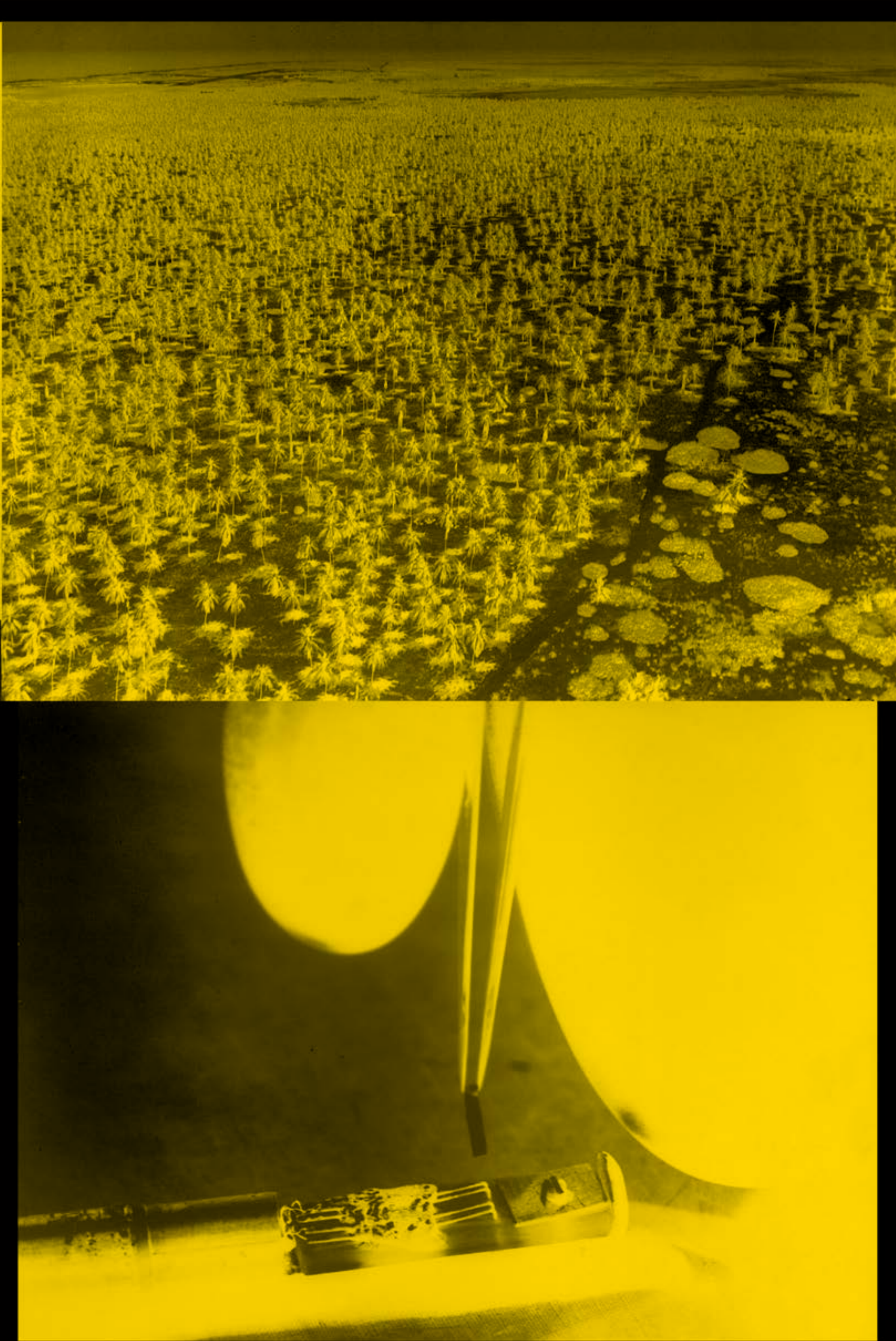
Generalstabschef Jakob Annasohn bittet Militärminister Paul Chaudet am 24. April 1964, er solle den Gesamtbundesrat zwanzig Millionen Franken bewilligen lassen: um in der Schweiz nach Uran zu suchen, um Ultrazentrifugen zur Anreicherung sowie die Atomwaffentechnik weiterzuentwickeln und um definitiv abzuklären, ob in der Schweiz Atombombenversuche gemacht werden können. Am 4. Mai legt eine EMD-interne Arbeitsgruppe, die sich positiv zu möglichen Atombombenversuchen in der Schweiz äussert, einen geheimen, milliardenteuren Plan vor. In einer ersten Phase sollen «fünfzig Fliegerbomben à sechzig bis hundert KT [Kilotonnen][Mirage] beschafft werden. Die erste Atombombe, die die US-Amerikaner auf Hiroshima fallen liessen, hatte eine Sprengkraft von 12,5 KT. Später sollen dann 200 weitere Fliegerbomben hinzukommen.

Inzwischen hat der Bundesrat auf Wunsch des Militärdepartements Ende 1960 beantragt, hundert französische Mirage-Kampffjets zu kaufen. Der Bundesrat hält fest: «Die bedeutsamste Erhöhung der Schlagkraft der Flugwaffe würde mit der Verwendung von Atomgeschossen erreicht.» Das Parlament bewilligt das Geschäft im Juni 1961. Doch schnell zeigt sich, dass die topmodernen Flieger mehr als die über 800 Millionen Franken kosten werden, die zunächst budgetiert worden sind. Schliesslich werden nur 57 Mirage bestellt, die schlussendlich fast 1,2 Milliarden Franken kosten – zu heutigen Preisen wären das über vier Milliarden Franken.

Annasohns Atombombenantrag trifft am selben Tag beim Militärminister ein, an dem der Bundesrat einen ersten Zusatzkredit von 576 Millionen Franken für die hundert Mirage verlangt. Die Öffentlichkeit reagiert ungewöhnlich heftig auf diese Forderung, das Vertrauen der Bundesversammlung und der Bevölkerung in den Bundesrat ist erschüttert. Der Skandal nimmt seinen Lauf – zum ersten Mal wird eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt – und versenkt die Schweizer Bombe. Der Bundesrat berät am 5. Juni 1964 über Annasohns Gesuch. Er gibt ihm zwar statt, verlangt aber, dass für die waffentechnischen Arbeiten nicht wie vorgeschlagen ein der ETH anzugliederndes Institut mit etwa zwanzig Fachleuten zu bilden sei, sondern nur eine einzige Person abgestellt werden dürfe. Damit sabotiert er den eigenen Entscheid.

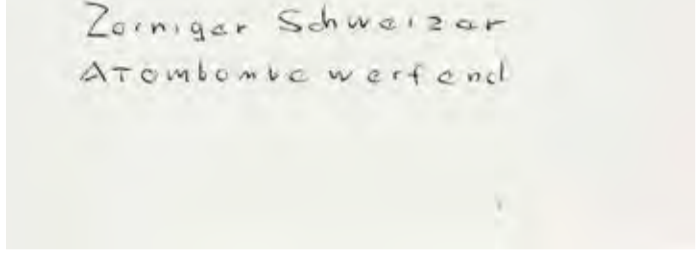
Als dann am 25. Februar 1965 die Finanzdelegation der Räte anfragt, wie viel die Vorabklärungen für eine eigene Atomwaffenproduktion kosten, verschiebt die zuständige Militärdelegation des Bundesrats die nötige Sitzung dreimal. Am 26. Oktober 1965 tagt sie endlich und weist Chaudet mit seinen Atomwaffenwünschen in enge Schranken. In der Folge verweigert der Bundesrat immer wieder Kredite und Personaletats für die für eine atomare Bewaffung nötigen Arbeiten. Ende 1967 fragt SP-Bundesrat Willy Spühler rhetorisch, «ob die Schweiz ihre Landesverteidigung merklich verbessern könnte, wenn sie sich mit Atomwaffen ausrüsten würde». Stattdessen sei vielmehr «ein wirksamer Atomspervertrag wünschbar». Die Schweiz unterzeichnet am 27. November 1969 als 92. Signatarstaat diesen Vertrag, der die Weiterverbreitung von Atomwaffen verbietet. Ratifiziert wird er allerdings erst am 9. März 1977. Der Arbeitsausschuss für Atomfragen, der der Schweiz die theoretische Möglichkeit einer atomaren Bewaffung offenhalten soll, wird erst Ende 1988 aufgelöst.

Roman Schürmann ist WOZ-Redaktor und hat das Buch «Helvetische Jäger. Dramen und Skandale am Militärhimmel» (Rotpunktverlag, 2009) geschrieben.





Friedrich Dürrenmatt: Zorniger Schweizer Atombombe werfend I, 1973. © CDN/ Schweizerische Eidgenossenschaft



Armeeführung kompensiert den Minderwertigkeitskomplex, den ihr die nicht stattgefundene Feuertaufta hinterlassen hat. Sie will nicht mehr lüftig, sie will heldisch sein. Sie redet sich ein, Hitler habe die Schweiz aus Furcht vor unserer Armee nicht angegriffen, und geht von der Fiktion aus, eine mögliche Niederlage unserer Armee sei auch der Untergang der Nation.»

Die Erzählung -Der Winterkrieg in Tibet- ist aber nicht nur eine bitterböse Satire auf das Réduit des Zweiten Weltkrieges, sondern vor allem auch eine auf die Atombunker des Kalten Krieges. Diese stellten in der Schweiz alles in den Schatten, was der Zweite Weltkrieg an Befestigungsanlagen hervorgerbracht hatte. Als Reaktion auf die Angst vor einem sowjet-schen Atomangriff schuf die Schweiz im Kalten Krieg das weltweit umfassendste System unterirdischer Betonzellen. Der drohende Atomkrieg machte das Überleben der Schweizer Bevölkerung nur noch im Untergrund vorstellbar. Das Zivilschutzkonzept von 1974 sah erstmals ein flächendeckendes Netz von Schutzräumen vor. Damit begann die Betonierung des Schweizer Untergrunds. Die Verordnung verlangte, dass jedes neue Wohn- oder Ferienhaus pro Zimmer einen solchen Schutzplatz besitzen sollte. Unter der Maxime „Jedem Bewohner ein Schutzraum“ setzte in den 1970er-Jahren ein gewaltiger Bauboom ein. Zwischen 1974 und 1976 wurde eine Zuwachsrate von jährlich über 400'000 Schutzplätzen erzielt. Alle überlebenswichtigen Systeme wie Spitäler, Kommunikationsysteme oder Wohnräume wurden für den Ernstfall unter der Erde nachgebaut und erfuhren in der unterirdischen Schattentwelt der Schutzbauten eine seltsame Verdoppelung. Im Falle eines Atomkrieges hätten die Bunker die gesamte Bevölkerung aufnehmen können. Der grösste zivile Bunker der Schweiz wurde 1976 im Autobahntunnel Sonnenberg in Luzern eingeweiht. Die Zivilschutzanlage war eine unterirdische Bunkerstadt, die im Falle eines Atomkrieges 20'000 Menschen Schutz bieten sollte. Sie war mit allem Nötigen ausgestattet, mit einem Operationsaal, einem Radiostudio, zahlreichen Verwaltungsbüros, einem Postschalter, einem Büro für den Seelsorger, einem Geburtssaal und einer Leichenkammer.

In den Atombunkern wurde die Angst vor einem sowjet-schen Angriff in Beton gegossen. Die binäre Logik des Kalten Krieges wurde im Untergrund in Stein gemeisselt. Die Atombunker waren auch ein Bollwerk gegen den Kommunismus. Sie spielgälten mit ihrer massiven Architektur den Antikommunismus der offiziellen Schweiz im Kalten Krieg wider. Der Bunkerbau während des Kalten Krieges in der Schweiz ein integraler Bestandteil der -totalen Landesverteidigung-. Er wurde zum Symbol der nationalen Unabhängigkeit, des zivilen Widerstands und der militärischen Wehrbereitschaft. Mit dem Aufkommen der neuen Friedensbewegung im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss von 1979 wurden die Atombunker und damit die Illusion, dass ein Weiterleben nach dem Atomkrieg möglich sei, zunehmend in Frage gestellt. Dürrenmatt hatte mit seiner grotesken Geschichte die Demontage der Atombunker als geistiges Bollwerk des Kalten Krieges bereits vorweggenommen. Die Geborgenheit der Höhle im Berginneren verwandelt sich bei ihm in eine tödliche Falle. Die Schweizer Regierung wird in ihrem Luxusbunker unterhalb der Blümlialp lebendig begraben. Damit dachte Dürrenmatt die helvetische Verteidigungsdoktrin des Kalten Krieges bis an ihr bitteres Ende.

Vorliegender Text ist ein Auszug aus Michael Fischer (2021), *Rauchen in der Pulverfabrik. Friedrich Dürrenmatts politisches Denken im Kalten Krieg*. Zürich: Chronos Verlag.

Michael Fischer, geboren 1981, studierte an den Universitäten Bern und Luzern Philosophie, Geschichte und Ethnologie. Er schrieb als Kulturjournalist für den Tages-Anzeiger, die NZZ am Sonntag und die Süddeutsche Zeitung.

onellen Kriege könnte sie ihre Atomwaffen nicht anwenden, um nicht eine atomare Antwort zu provozieren.» Die Vorstellung einer mit Atomwaffen ausgerüsteten Schweizer Armee hielt Dürrenmatt für eine abstruse Idee, ja für einen gefährlichen Grössenwahn.

In der Erzählung -Der Winterkrieg in Tibet- (1978/79) beschreibt Dürrenmatt in einem absurden apokalyptischen Kampf aller gegen alle in einem unterirdischen Labyrinth im Himalajagebidge. Ein verküppelter Schweizer Offizier berichtet von seinem Irweg durch sein im Dritten Weltkrieg zerstörtes und atomar verseuchtes Land. Vom Unterengadin aus wandert er quer durch die Schweiz nach Bern, wo er, nach verschiedenen Gängen durch die Ruinen seiner Heimatstadt, seinen Geheimauftrag ausführt und den Anführer der pazifistischen Verwaltung erschießt. Der Bundesrat hält sich in grotesker Übersteigerung der Réduit-Strategie des Zweiten Weltkriegs in einem geheimen Bunker unter dem Bergmassiv der Blümlialp verschanz und gibt – von der Aussenwelt durch eine Atombombexplosion abgeschnitten und offensichtlich nicht informiert über die Situation in der Aussenwelt – über den Rückfunk absurde Durchhalteparolen von sich. Durch die Atomexplosion ist der Bundesrat im Berginneren der Blümlialp gefangen, trotzdem wird munter weiterregiert. Die Regierung und das Parlament tagen in Permanenz. Es ist eine Réduierung ohne Volk. In Dürrenmatts groteske wird aus dem patriotischen Unbesiegbarekeitsmythos der Schweizer Armee ein antidemokratischer Wahn, in welchem die Bevölkerung geopfert wird, um die Elite des Landes zu retten. Es ist eine Situation, in der jeder Patriotismus lächerlich geworden ist.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich im Juni 1940 verkündete General Henri Guisan am 25. Juli 1940 bei seinem legendären Rütli-Rapport den Rückzug in die Alpen. Die Réduit-Strategie führte zu einer igeartigen Konzentration der Schweizer Armee rund um das Gotthardmassiv und sah einen langwierigen Gebirgskampf sowie die Zerstörung der Alpentransversale vor. Die abschreckende Wirkung des Réduits bestand darin, dass den Achsenmächten eine unabhängige Schweiz mit einem funktionierenderen Gütertransport durch die Alpen mehr dienen würde als ein erobertes Land mit einer zerstörten Industrie. Die Sprengung der Tunnels und Fabriken hätte die Schweiz für die Besatzungsmächte unrentabel gemacht. Da General Guisan kaum Panzer und Flugzeuge hatte, musste er sich mit der Armee ins Réduit zurückziehen. Nach dem Krieg wurde das Réduit zum nationalen Symbol des Widerstands und des patriotischen Heldentums.

Das Réduit wurde in der Erinnerungskultur der Aktivdienstgeneration als Vermächtnis von General Henri Guisan zum Inbegriff des Wehrwillens. Es verfestigte sich im Kalten Krieg zum Mythos von der uneinnehmbaren Alpenfestung Schweiz und verstärkte den Glauben an die angebliche Unbesiegbarkeit der Schweizer Armee. Der Réduit-Mythos zeigte sich im Kalten Krieg in der grossflächigen Verbunkering der Schweiz aus Angst vor einem drohenden Atomkrieg und einer möglichen kommunistischen Invasion. Dürrenmatt kritisiert nicht die militärische Strategie des Réduit an sich, sondern die Nibungenstrategie der Armeeführung, die behauptete, der Untergang der Schweizer Armee sei gleichbedeutend mit dem Untergang der Schweiz. Im Essay »Zur Dramaturgie der Schweiz- (1968/1970) hatte er dazu geschrieben: »Das Réduit war noch eine realistische und darum schweizerische Idee. Man baute die Alpen zu einer Festung aus und plante, im Ernstfall die übrige Schweiz weicht zu verteidigen. Wir mussten für Hitler arbeiten, und seine Züge rollten durch unsere Tunnel nach Italien. Doch gerade dadurch besaßen wir eine Waffe gegen ihn, die Fabriken, die Tunnel konnten gesprengt, das Land unrentabel gemacht werden. Rein militärisch gesehen war das Réduit absurd. Er erfüllte die Hauptaufgabe einer Armee nicht, das Volk zu schützen. Es wollte die Armee retten und das Volk ausliefern. Doch strategisch war es eine überaus listige Idee, die unmittelbar jedem einleuchtete. So konnte das Réduit zu einem Mythos eines möglichen Widerstandes werden. Nun haben wir den Mythos eines unmöglichen Widerstandes. Die

Die geheimen Pläne der Militärführung

Von Michael Fischer

Nach dem Abwurf der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki setzte in den USA ab 1946 eine Verherrlichung und Trivialisierung der Atombombe ein, in einer Mischung aus Banalität und Glorifizierung, wie sie dem American Way of Life inhärent zu sein scheint. Die Atombombe wurde zu einer Ikone der Popkultur und zu einem Symbol für die Grenzenlosigkeit der eigenen Macht. Frisuren boten »Atom-Haarschnitte« an, Fast-Food-Ketten den »Uran-Burger«, es fanden »Miss Atomic Bomb«-Wettbewerbe statt, und es entstand eine ganze Reihe bizarrer Atombombensongs. Ob in Werbesongs, Comics oder auf Kaugummipackungen, der Atompilz wurde zum Synonym für eine explosive Erotik und symbolisierte die eigene Potenz. Der Atombombentest des amerikanischen Militärs im Bikini-Atoll im Pazifischen Ozean wurde als exotisches Medienspektakel inszeniert. Der französische Modeschöpfer Louis Réard wurde von den atomaren Explosionen derart angeregt, dass er seinen Entwurf für einen neuartigen Badeanzug »Bikini« nannte. Die Bombe, die kurz zuvor in Hiroshima und Nagasaki Hunderttausende Menschen getötet hatte, wurde nun zum Inbegriff des Sex-Appeal und damit zum neuesten Schrei am Badestrand. Die Schweiz stand nach dem Ende des Kriegs ebenfalls im Bann des American Way of Life, und die US-Propaganda begünstigte damals auch hier die Verharmlosung der Atombombe.

Auch führende Köpfe des Schweizer Militärs träumten damals davon, die Armee mit Atomwaffen auszurüsten. Die neue bipolare Weltordnung des Kalten Kriegs mit den beiden sich feindlich gegenüberstehenden Militärbündnissen erforderte von der Schweizer Armee eine neue Verteidigungsstrategie. Innerhalb des Schweizer Offizierskorps gab es Anfang der 1950er-Jahre zwei rivalisierende Gruppierungen. Auf der einen Seite standen die Anhänger der Doktrin der »Mobile Defence«, die eine bewegliche, offensive und technologisch hochgerüstete Armee mit möglichst vielen Panzern, Flugzeugen und Atomwaffen wollten. Auf der anderen Seite standen die Anhänger einer defensiven, statischen Verteidigungsstrategie, der Doktrin der »Area Defence«. Aufgrund der beschränkten militärischen und finanziellen Möglichkeiten der Schweiz als Kleinstaat sprachen sie sich für einen defensiven Abwehrkampf und für die statische Verteidigung von strategischen Stützpunkten und Stellungen aus. Die Anhänger der »Mobile Defence« zielten auf eine möglichst vollständige Vernichtung des Gegners. Sie träumten von einer »Grossmachtsarmee im Taschenformat«, um sich im Kriegsfall auf Augenhöhe mit der Sowjetunion duellieren zu können. Die Unabhängigkeit der Schweiz konnte ihrer Ansicht nach nur durch eine technisch hochgerüstete, bewegliche Armee garantiert werden. Die Verwendung von Atomwaffen betrachteten sie als eine Voraussetzung für die Verteidigung der Schweizer Neutralität. Die Verfechter einer defensiven Verteidigungsstrategie gingen demgegenüber von der technologischen und zahlenmässigen Überlegenheit eines potenziellen Gegners aus und beschränkten sich in ihrem defensiven Abwehrkampf auf einen lang andauernden, hartnäckigen und zähen Widerstand. Mitte der 1950er-Jahre setzten sich die Anhänger der »Mobile Defence« in diesem militär-strategischen Richtungsstreit vorerst durch. Unterstützung bekamen sie vom Waadtländer FDP-Bundesrat Paul Chaudet, der seit 1955 Chef des Militärdepartements war. Nach der Suezkrise und dem Ungarn-Aufstand 1956 wurde Bundesrat Paul Chaudet zum energischen Fürsprecher der atomaren Bewaffung. Bereits 1956 machte das Militärdepartement eine erste Schätzung, was Atombomben kosten würden. Für zwölf Bomben des Typs »Hiroshima«, die innerhalb von sechs Jahren erhältlich wären, wurde mit 600 Millionen Franken gerechnet.

Mit der Gründung des Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaften 1956 wurde die Propagierung dieser Ideen dem Zürcher Pressebüro Dr. Rudolf Farner übertragen, das dafür einen eigenen Mitarbeiter, Gustav Däniker jun., engagierte. Rudolf Farner führte ab 1950 eine eigene Werbe- und Public-Relations-Agentur in Zürich. In der Schweiz popularisierte er in den 1950er-Jahren mit neuen Marketing- und Werbemethoden den American Way of Life. Er machte Werbung für Coca-Cola, Philipp Morris, Nestlé, Maggi, Marlboro oder die Barbie-Puppen. Er war aber nicht nur ein gradliniger Verfechter der freien Marktwirtschaft, sondern auch ein senkrechter Schweizer Patriot und Antikommunist. Der Journalist und Historiker Marc Tribelhorn schrieb über ihn: »Rudolf Farners Weltbild ist wie das seiner Gegner: schwarz-weiss. Grautöne mag er nicht, schliesslich droht der Kalte Krieg beständig zu einem heissen zu werden. Die Angst, von der Freiheit in die Knechtschaft zu geraten, treibt ihn an.« Und weiter: »Dennoch gleicht der mächtige Meinungsmacher einem Chamäleon: Er ist zugleich Pionier und Konservativer, Betonkopf und Visionär, weltgewandter Turbokapitalist und Helmat-schützer, Feingeist und Haudrauf.« Ab Mitte der 1950er-Jahre stellte Farner sein innovatives Propagandainstrumentarium in den Dienst der Rüstungsindustrie und betrieb politische Lobbyarbeit für die Anhänger der »Mobile Defence« in der Schweizer Armee. 1957 startete er dann eine Propagandakampagne gegen die Anti-Atom-Initiative, welche ein Verbot von Atomwaffen in der Schweiz forderte. Die Initianten wurden dabei öffentlich als Fanatiker, Sektierer, Unruhestifter und Landesverräter diffamiert. Die Kommunisten seien die »Drahtzieher der Atomkampagne« wurde suggeriert. Nach seinem Tod setzte der St. Galler Historiker, Journalist und Schriftsteller Niklaus Meienberg dem mächtigen Werbekönig Farner ein Denkmal, indem er dessen Abdankungszeremonie im Zürcher Fraumünster 1984 in einer seiner legendären, polemischen Reportagen beschrieb. Sarkastisch kommentierte Meienberg die Leichenrede von Oberdivisionär Gustav Däniker jun., auch er ein glühender Verfechter von Schweizer Atombomben: »Farner habe *Geld* machen wollen mit seiner Werbung und nicht Kunst, die *Zahlen* mussten stimmen, er habe erfolgreich für Coca-Cola, Renault und Nestlé geworben, sagte Däniker von der Kanzel herunter, auch für die Armee, wofür ihm die Armee

danbar sei, habe er *erfolgreich* und *hart* geworben, sei, wenn nötig, auch ein *harter* Vorgesetzter gewesen, habe selektioniert und stimuliert, klirrend ereifert sich Däniker, ein Savonarola der Public Relations, ein Kanzelprediger des Konsums, ein Evangelist des Sozialdarwinismus, ein Abraham a Santa Clara des Reklamebluffs, wird laut und schneidend, setzt seine Fisteistimme werbeteknisch ganz richtig ein, und die Kanzel, von der naturgemäss die Selligpreisungen der Bergpredigt verkündet werden, werden sollten, werden müssten, sei Jeher sind Kanzeln in den Gotteshäusern *dafür* gebaut, selig die Friedfertigen, selig die Sanftmütigen, selig die Armen, die Kanzel beginnt nicht zu schwanken, zu zittern oder zu wanken, sie schüttelt ihn nicht ab, spelt ihn nicht aus, eigentlich müsste es Schleuderkanzeln geben für diesen Fall, analog den Schleudersitzen in verunfallenden Flugzeugen, die Kanzel erträgt, mit dem allergrössten Gleichmut, die Direktwerbung von Oberdivisionär Gustav Däniker, Teilhaber der Rudolf Farner AG, für die Rudolf Farner AG.«

Die Armeeführung verfolgte ihre Atombombenpläne Mitte der 1950er-Jahre gezielt weiter. Generalstabschef Louis de Montmollin schuf 1957 eine Studienkommission für die Beschaffung eigener Atomwaffen. In der Sitzung der Landesverteidigungskommission vom 29. November 1957 kamen die geheimen Pläne der Militärs dann erstmals offen zur Sprache. Oberstdivisionär Etienne Primault, der Kommandant der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, sagte an der Sitzung: »Wenn man ein Flz. [Flugzeug] hätte wie beispielsweise den Mirage, der fähig sei, mit Atombomben bis nach Moskau zu fliegen, so könnte man sich einen Einsatz auch im Feindesland vorstellen. Der Gegner würde dann genau wissen, dass er nicht erst bombardiert werde, wenn er den Rhein überschreite, sondern dass auch Bomben in seinem eigenen Land abgeworfen würden.« Diese hochfliegenden »Atombombenträume« einiger führender Köpfe im Generalstab der Schweizer Armee waren ein Ausdruck der antikommunistischen Hysterie, die in der Schweiz nach der Suezkrise und dem Ungarn-Aufstand 1956 ihren Höhepunkt erreichte. Einer der heikelsten Punkte in diesen militärstrategischen Planspielen war das Problem eines Einsatzes von Atomwaffen auf dem eigenen Territorium. In der Diskussion vom 29. November 1957 sagte Generalstabschef Louis de Montmollin: »Es gebe aber Fälle, in denen wir unbedingt Atomwaffen einsetzen müssten, selbst auf die Gefahr hin, dass die Zivilbevölkerung einen grossen Schaden erleiden würde. […] Man könnte unmöglich darauf verzichten, nur aus Rücksichtnahme auf die Bevölkerung.« Sein Nachfolger, Oberstdivisionär Jakob Annasohn, der 1958 Generalstabschef wurde, pflichtete den haarsträubenden Ansichten seines damaligen Vorgesetzten bei. Er meinte sogar, es werde »Sache des Führers sein zu entscheiden, ob er in eigene bewohnte Gebiete schliessen lassen wolle oder nicht«. In diesen militärischen Allmachtsfantasien der Schweizer Offiziere paarten sich Zynismus und Wahnsinn. Der rabiate Antikommunismus löste bei einigen Mitgliedern der Schweizer Armeeführung einen gefährlichen Grössenwahn aus. Nach dem antikommunistischen Schlagwort »Lieber tot als rot« hätten sie einen irrationalen, kollektiven Suizid in Kauf genommen, um im Kriegsfall einen atomaren Gegenschlag gegen die Sowjetunion führen zu können. Der Einsatz von Atomwaffen auf eigenem Territorium hätte in der kleinräumigen und dicht besiedelten Schweiz für die eigene Bevölkerung verheerende Folgen gehabt. Einige ranghohe Angehörige der Schweizer Armee waren bereit, im Kriegsfall die eigene Bevölkerung zu opfern, um die Sowjetunion mit Atomwaffen zu vernichten. Sie hatten ihre atomaren Hirngespinnste aber nicht alleine im stillen Kämmerlein in einem fieberhaften, dunklen Wahn zusammenfantasiert, sondern vertraten ihre abstrusen, grössenwahnsinnigen Pläne ganz unverblümt in der Öffentlichkeit und bekamen in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre dafür auch noch Rückendeckung vom Bundesrat.

Am 11. Juli 1958 veröffentlichte der Bundesrat eine Erklärung, in der er erstmals eine eigene Bewaffung mit Atombomben in aller Deutlichkeit befürwortete. Die Erklärung war eine Reaktion auf die Anti-Atom-Bewegung, die sich im Frühjahr 1958 in der Schweiz in Opposition zu den immer lauter werdenden Forderungen der Offiziere nach eigenen Atomwaffen zu formieren begann. Bundesrat Philipp Etter, Chef des Eidgenössischen Departements des Innern, wollte dieser »defätistische Propaganda« nicht mehr länger tatenlos zusehen. Daraufhin verfasste Bundesrat Paul Chaudet die besagte Pressemittteilung, die am 11. Juli 1958 in allen Schweizer Zeitungen veröffentlicht wurde. Darin heisst es: »In Übereinstimmung mit unserer Jahrhunderteaalten Tradition der Wehrhaftigkeit ist der Bundesrat deshalb der Ansicht, dass der Armee zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit und zum Schutze unserer Neutralität die wirksamsten Waffen gegeben werden müssen. Dazu gehören die Atomwaffen.« Die Erklärung vom 11. Juli 1958 war durchaus ernst gemeint. Ohne jegliche Diskussion erteilte der Bundesrat am 23. Dezember 1958 in einem geheimen Beschluss dem Militärdepartement den Auftrag, die Abklärungen zur Beschaffung von Atomwaffen einzuleiten. Obwohl die Armeeführung nun freie Hand hatte, ihre Atombombenpläne weiterzuerfolgen, kam die konkrete Umsetzung in den folgenden Jahren nur sehr schleppend voran. Nachdem Frankreich am 13. Februar 1960 seine erste Atombombe erfolgreich getestet hatte, wandte sich Generalstabschef Jakob Annasohn an Bundesrat Paul Chaudet, um die Beschaffung von Atomwaffen im Ausland abzuklären. Bundesrat Paul Chaudet wandte sich in einem geheimen Schreiben am 21. März 1960 an Bundesrat Max Petitpierre, den Vorsteher des Politischen Departements. In seinem Schreiben meinte er, nachdem nun auch Frankreich zur Atommacht geworden sei und das kommunistische China voraussichtlich in zwei bis drei Jahren ebenfalls eigene Atombomben besitzen würde, sei es an der Zeit, nun endlich mit den Abklärungen im Ausland zu beginnen. Bundesrat Petitpierre hielt den Zeitpunkt allerdings für denkbar ungeeignet, da die Schweiz damit die geplanten Abrüstungskonferenzen in Genf sabotieren würde.

Nachdem die Absichtserklärung vom 11. Juli 1958 vonseiten der Sowjetunion dermassen heftige Reaktionen ausgelöst hatte, nahm der Bundesrat im Verlauf der 1960er-Jahre immer mehr eine zögerliche Haltung ein. Der Gesamtbundesrat beschloss am 5. April 1960, dass die vorgesehenen Abklärungen im Ausland auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden sollten. Die »zur Beschaffung von Atomwaffen vorgesehenen Abklärungen bei ausländischen Stellen dürfen erst auf Grund eines späteren Bundesbeschlusses vorgenommen werden«. Mit diesem Verbot von Auslandskontakten zur Beschaffung von Atomwaffen hatte der Bundesrat die atomaren Ambitionen gewisser Offiziere des Generalstabs erstmals gebremst. Die Armeeführung führte derweil Ihre Studien weiter und hielt unbeirrt an ihren Atombombenplänen fest. 1963 wurde eine Studiengruppe damit beauftragt, die Möglichkeit einer eigenen Atomwaffenproduktion zu untersuchen. Der Bericht rechnete mit 750 Millionen Franken für 50 Fliegerbomben zu 60 bis 100 Kilotonnen und 50 Artilleriegeschosse zu 5 Kilotonnen innerhalb von 13 Jahren. Der Bericht schlug dazu eine intensivere Suche nach Uran, die Entwicklung von Uran-zentrifugen, Extraktionsverfahren für Plutonium, eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ausland und weitere waffen-technische Grundlagenforschungen vor. Am 26. Februar 1964 forderte der Bundesrat vom Militärdepartement eine Studie an, die klären sollte, ob in der Schweiz Atombombentests möglich wären. Unterirdische Atombombentests, die unbemerkt vom Ausland im Innern der Schweizer Alpen durchgeführt werden sollten, hielt die Armeeführung damals für möglich.

Vorliegender Text ist ein Auszug aus Michael Fischer (2019), *Atomflieber. Eine Geschichte der Atomenergie in der Schweiz*. Baden: Hier und Jetzt.

Réduit, Bunker und Atombomben

Von Michael Fischer

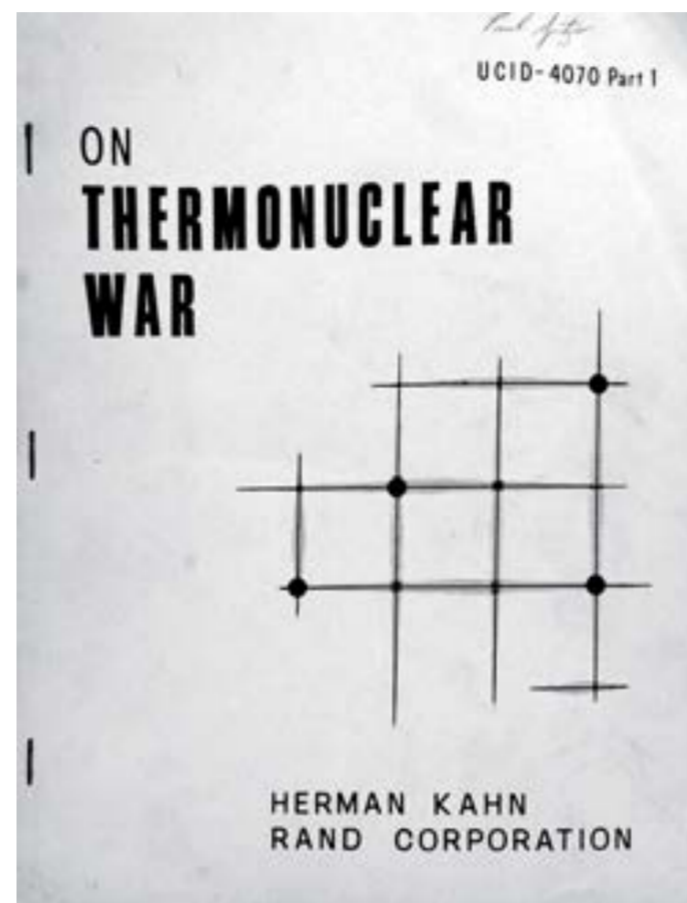
Als einer der weltweit meistgelesenen deutschsprachigen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts prägte Friedrich Dürrenmatt den politischen Diskurs seiner Zeit mit. Seine Schaffenszeit deckt sich ziemlich genau mit der Zeit des Kalten Kriegs. Am ideologischen Konflikt der beiden Supermächte entzündete sich sein politisches Denken. Dürrenmatt prägte das Bonmot von der Welt als einer Pulverfabrik, in der das Rauchen nicht verboten ist. Im Kalten Krieg hätte ein einziger Zündfunke eines Wahnsinnigen genügt, um das atomare Pulverfass in die Luft zu jagen und die Erde in eine strahlende Wüste zu verwandeln. Für Dürrenmatt ist die Metapher aber auch ein Sinnbild für die Sprengkraft des kritischen Denkens. Bereits zu seinen Lebzeiten war sein Theaterstück »Die Physiker« (1962) als Parabel auf den Kalten Krieg zu einem Klassiker geworden. Der Anspruch der Schweiz, ein »Sonderfall« zu sein und damit eine einzigartige Stellung mit Vorbildcharakter innerhalb der Staatenwelt einzunehmen, hat Dürrenmatt in seinem Essay »Zur Dramaturgie der Schweiz« (1968/1970) und in seiner Erzählung »Der Winterkrieg in Tibet« (1983) jedoch vehement in Frage gestellt.

Am 11. Juli 1958 hatte der Bundesrat eine Erklärung veröffentlicht, in der er erstmals eine Bewaffung der Schweizer Armee mit Atomwaffen in aller Deutlichkeit befürwortete. Wenige Wochen danach erteilte der Bundesrat dem Generalstab den Auftrag, sich nach einem neuen Kampflügzung umzusehen, das als Transportmittel für Atomwaffen eingesetzt werden könnte. Die Luftwaffe sollte mit atomar bewaffneten Überschall-Jagdbomben ausgestattet werden, um offensive Angriffe im Feindesland zu fliegen. Als es bei der Beschaffung des Kampffjets zu massiven Kostenüberschreitungen kam, verweigerte das Parlament einen Zusatzkredit. Das Militärdepartement wurde beschuldigt, die Regierung, das Parlament und die Öffentlichkeit absichtlich getäuscht zu haben. Die »Mirage-Affäre« erschütterte damals das Vertrauen der Öffentlichkeit und des Parlaments in die Armeespitze. Das Parlament beschloss am 23. September 1964 eine Reduktion von 100 auf 57 Flugzeuge. Die »Mirage-Affäre« von 1964 stützte den hochfliegenden Plänen für eine Schweizer Atombombe die Flügel. Auf Druck der beiden Supermächte, den USA und der Sowjetunion, musste die Schweiz 1969 dann dem Atomwaffenprogramm vertrag unterzeichnen. Das geheime Atomwaffenprogramm wurde dennoch weitergeführt und erst 1988 endgültig beendet.

Dürrenmatt hatte bereits 1966 in einem Interview mit dem Journalisten Alfred A. Häslar der Meinung gewisser Armeangehöriger widersprochen, die davon ausgehen, dass eine atomare Bewaffung dazu diene, die Neutralität der Schweiz zu bewahren. Die Haltung der Armeeführung hat er dabei mit einem Schaf im Wolfspeil verglichen: »So ein Wolfspelz wäre für uns die Atombewaffung, mit der sich unsere Armeeführung geistig beschäftigt. Es ist daher eine Pflicht jedes Bürgers, sich mit unserer Armeeführung geistig zu beschäftigen. Eine Abschreckungsstrategie, die, wenn es misslingt, den physischen Untergang des Schweizervolkes nach sich ziehen kann, halte ich für ein Verbrechen.« In seinem Essay »Zur Dramaturgie der Schweiz« (1968/1970) weist er darauf hin, dass die Schweiz als Atommacht im Falle eines Atomkrieges Gefahr laufe, angegriffen zu werden, auch dann, wenn sie ihre Neutralität betone: »Eine Schweiz mit Atomwaffen widerspreche sich selber. Ihre Neutralität würde fragwürdig und ihre Wehrbereitschaft leichtsinnig. In einem Atomkrieg liefe die Schweiz als Atommacht Gefahr, als potentieller Gegner anpassant vernichtet zu werden, trotz ihrer Neutralitätserklärung, sicher ist sicher, ein Zwerg in der Rüstung eines Riesen wird als Riese behandelt, auch wenn er hundertmal kleiner ist. Nun hat sich ein friedlicher Zwerg geliebt; und in einem konventi-

MAD

Stichworte zum Kalten Krieg
Von Dominik Landwehr



Früher Draft des Buches «On Thermonuclear War» des US-Autors Hermann Kahn. August 1959.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – die USA, England und die Sowjetunion – einigten sich in der Konferenz von Yalta im Februar 1945 auf eine Teilung Deutschlands und eine Aufteilung der Einflusssphären in Europa. Sie kamen damit dem Wunsch Stalins nach einem Sicherheitsring von Satellitenstaaten in Osturopa entgegen. Der Begriff «Kalter Krieg» geht auf George Orwell zurück, der ihn im Oktober 1945 in seinem Essay «You and the Atomic Bomb» zum ersten Mal benutzte.

Das Symbol des Kalten Krieges war die Berliner Mauer, die allerdings erst 1961 gebaut wurde. Der Fall der Mauer im Jahr 1989 und der Zerfall der Sowjetunion 1991 markieren das Ende des Kalten Krieges.

Der Gegensatz zwischen Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft auf der einen, und Diktatur, Unterdrückung und Planwirtschaft auf der anderen Seite prägten den gesellschaftlichen Diskurs der Nachkriegsgesellschaft in allen Bereichen.

Für Wladimir Putin ist das Ende der Sowjetunion die grösste Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts; er will das alte Imperium wieder herstellen. Die Beschäftigung mit der Geschichte des Kalten Krieges zeigt erschreckende Parallelen zwischen damals und heute. Im Zentrum steht heute nicht mehr der Kommunismus, sondern die imperialen Fantasien von Russland.

Atombombe

Der Abwurf der beiden Atombomben in Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 durch die USA führte zur Kapitulation Japans und läutete das Atomzeitalter ein. Bereits am 29. August 1949 gelang auch der Sowjetunion die Zündung der ersten Atombombe. Damit begann ein Rüstungswettlauf der beiden Supermächte, der bis heute andauert.

Die Angst vor einem Atomkrieg war das zentrale Motiv des Kalten Krieges. Szenarien über den möglichen Verlauf eines solchen Krieges wurden immer wieder durchgespielt, so zum Beispiel im Buch «On Thermonuclear War» des US-Autors Hermann Kahn. Die Theorien von Kahn gründeten auf sozialwissenschaftlichen Ideen, dazu gehören die System- und die Spieltheorie.

Bei Kahn tauchten die Begriffe der «Doomsday Machine» (Weltuntergangsmaschine) oder der «Mutually Assured Destruction MAD» (gegenseitig zugesicherte Zerstörung) zum ersten Mal auf. Ihren kulturellen Niederschlag fanden diese Vorstellung im satirischen Film «Dr. Strangelove» des britischen Regisseurs Stanley Kubrick von 1964. Im Zentrum des Films steht ein wahnsinnig gewordener amerikanischer General, der einen atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion anordnet.

Anti-kommunismus und Fichenskandal

Der Antikommunismus war die dominante westliche Ideologie in der Zeit des Kalten Krieges. Der diffuse Begriff steht für die Angst vor der Subversivität des Kommunismus: Die Vorstellung, dass kommunistische Kräfte unseren Staat unterwandern würden um einen Umsturz herbeizuführen. Der Antikommunismus wurde bewusst für den Aufbau eines Feindbildes benutzt, das auch der Stabilisierung der Schweiz im Innern diene.

Im Antikommunismus können zwei dominante Motive unterschieden werden: Die Angst vor der Invasion von aussen und der Unterwanderung von innen (Subversion). Bei der Bekämpfung des Kommunismus ergänzten sich staatliche und private Organisationen. Eine davon war der Schweizerische Aufklärungsdienst, der die Ideen der Geistigen Landesverteidigung nach dem Krieg weitverbreiten sollte.

Verschwörungstheorien spielten in der Konstruktion einer kollektiven Angst eine wichtige Rolle, der Begriff der «Gehirnwäsche» fand damals Eingang in den Schweizer Wortschatz. Der Historiker Jean-Rudolf von Salis (1901 – 1996) sprach von einer Angstpsychose: «Es gibt Leute die in einer harmlosen Konsumgenossenschaft eine bolschewistische Verschwörung wittern». Der Antikommunismus überstieg demokratische Kritik und hatte etwas Kultisches: Der Dramatiker Friedrich Dürrenmatt (1921 – 1990) nannte den «Stammestanz der Schweizer».

Zentrales Feindbild des Antikommunismus war die gesamte Linke von der Sozialdemokratie bis zu den neuen linken Gruppierungen, wie sie nach 1968 entstanden. Hinter all diesen Organisationen wurde das Werk des sowjetischen Geheimdienstes vermutet. Historiker*innen gehen davon aus, dass die Sowjetunion einzelne kommunistische Gruppen in der Schweiz finanziell unterstützen.

Der Aufbau einer zentralen Kartei aller vermeintlich subversiven Kräfte in der Schweiz wurde 1989 im so genannten Fichenskandal aufgedeckt: Während Jahrzehnten hatte der Staat Hundertausende von Schweizer*innen bespitzelt und fichiert. Private Initiativen wie das Archiv des Zürcher Politikers Ernst Cincera (1928 –2004) ergänzten die staatlichen Initiativen. Das Cincera-Archiv wurde 1976 durch eine Gruppe von linken Aktivist*innen enttarnt.

Das Zivilverteidigungsbuch von 1969

Im Jahr 1969 liess der Bundesrat ein Buch an alle Haushalte verteilen: Das Zivilverteidigungsbuch. Er hatte es zwei Jahre zuvor beim Nachrichtendienst-Offizier Albert Bachmann (1929 – 2011) und dem Historiker Georges Grosjean (1921 – 2002) in Auftrag gegeben. Das Buch lehnte sich an das Soldatenbuch von 1958 an und war im Stil eines Pfadfinder-Büchleins verfasst. Es sollte die Zivilbevölkerung auf einen bewaffneten Konflikt und einen Atomkrieg vorbereiten. Es beschrieb den Ablauf eines Krieges von der Vorbereitung über einen Atomschlag bis zum Guerilla-Kampf und der Befreiung. Das Szenario orientierte sich im Wesentlichen am Zweiten Weltkrieg. Das Zivilverteidigungsbuch war im Geist des Antikommunismus geschrieben und liess das Publikum im Glauben, dass die Schweiz für einen Atomschlag gerüstet sei.

Kontrovers wurde es vor allem wegen des Feindbildes, das darin gezeichnet wurde: Der Feind kam ebenso stark aus dem Innern, wie von aussen. Es entwarf das Bild einer Schweiz, die von fremden Ideen unterwandert wurde, von Parteien und Organisationen aus dem Ausland. Damit war klar die Linke im Visier. Besonders intensiv wurde die Kontroverse beim Schweizer Schriftsteller*innen Verband (SSV) geführt, da SSV-Mitglied Maurice Zermatten die französische Übersetzung des Zivilverteidigungsbuchs besorgt hatte. Als Reaktion spaltete sich die Gruppe Olten vom Schriftsteller*innen Verband ab.

Das Zivilverteidigungsbuch wurde in drei Landessprachen übersetzt. Verschiedene Staaten übernahmen das Werk und produzierten eigene Übersetzungen, darunter etwa China, Japan sowie verschiedene arabische Länder.

Zivilschutz: Bunker für alle

Kaum ein Land auf der Welt verfügt über so viele Schutzräume für die Zivilbevölkerung wie die Schweiz. «Für jeden Einwohner und jede Einwohnerin ist ein Schutzplatz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts bereitzustellen», schreibt das Bundesgesetz über den Bevölkerungs- und Zivilschutz vor. Dafür verantwortlich sind in erster Linie die Gemeinden. An einigen Orten entstanden riesige unterirdische Anlagen für den Ernstfall. Der grösste zivile Bunker dürfte in Luzern sein. Er wurde 1976 als Teil des Sonnenberg-Tunnels fertig gestellt und bietet Platz für 20'000 Einwohner*innen. Die Tore wogen je 350 Tonnen und hätten der Explosion einer Atombombe in einem Kilometer Entfernung standhalten sollen. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Anlage redimensioniert. Sie bietet heute Platz für rund 2'000 Personen. Eine ähnliche Anlage befand sich früher im Parkhaus Urania in der Stadt Zürich. Auch das Militär betrieb ein Netz von unterirdischen Anlagen und Spitätern. Die meisten davon wurden ebenfalls nach dem Ende des Kalten Krieges ausser Betrieb gesetzt. Bis heute hat jede Gemeinde ihre Zivilschutzanlagen, die im Stände gehalten werden müssen.

Schweizer Abhör- und Spionage-Technik

Dank der Uhrenindustrie war in der Nachkriegsschweiz die Feinmechanik eine hochentwickelte Branche. Davon zeugen Geräte wie die Schreibmaschine Hermes, die Filmkamera Bolex, die Tonbandgeräte von Studer und Kudelski und zahlreiche andere Erfindungen. Schweizer Technik war auch bei den Geheimdiensten im Kalten Krieg beliebt.

So zum Beispiel das Mini-Tonbandgerät Nagra SN genannt. Es war eine Erfindung der Firma Kudelski in Lausanne und wurde zusammen mit seinem grösseren Bruder, dem Nagra III und Nagra IV weltweit bei Radio, Film und Fernsehen benutzt. Das Nagra SN kam 1970 auf den Markt, wog etwas mehr als 500 Gramm und hatte die Grösse eines flachen Zigarrenetuis. Es wurde von vielen Geheimdiensten benutzt und war in den 70er und 80er Jahren immer wieder in Spionagefilmen zu sehen.

Schweizer Spezialtechnik vom Feinsten gab es auch bei den Kameras, so etwa der Kleinfotoapparat Tessina. Entwickelt hat sie der österreichische Ingenieur Rudolph Steineck in Lugano. Hergestellt wurde sie zwischen 1957 bis 1997 von der Uhrenfabrik Siegrist in Grenchen.





Max Daetwyler, mit weisser Fahne auf dem roten Platz, im Dezember 1964. Bild: Sozialarchiv Zürich

Vietnam, Afghanistan und die Dominotheorie

Ab 1955 intervenierten die USA militärisch in Vietnam und unterstützte den Kampf der südvietnamesischen Truppen gegen den Norden. Diese Unterstützung wuchs kontinuierlich und endete 1975 mit dem Sieg von Nordvietnam und dem überstürzten Rückzug der USA. Zur Rechtfertigung der Intervention wurde die so genannte Domino-Theorie herangezogen. Sie besagte im Wesentlichen, dass Länder in der Nähe von kommunistischen Staaten in einer Art Domino-Effekt nach und nach ebenfalls kommunistisch würden. Mit dem Engagement in Vietnam wollte die USA das Übel an der Wurzel packen. Die Domino-Theorie ist eine der typischen Vereinfachungen, wie sie im Kalten Krieg üblich waren. Sie klingen plausibel, halten aber einer eingehenderen Analyse nicht stand. Hingegen hat gerade das Engagement der USA das «Kippen» von verschiedenen Staaten wie etwa Laos oder Kambodscha begünstigt oder sogar beschleunigt.

In Afghanistan erlebte auch die Sowjetunion ihr Vietnam: Die Intervention sowjetischer Truppen begann im Jahr 1979 zur Stützung des kommunistischen Regimes in Kabul. Danach folgte ein jahrelanger Guerillakrieg. Nach dem Trauma von Vietnam intervenierten die USA nur noch indirekt mit massiver Militärhilfe zugunsten der Rebellen. Dank dieser Militärhilfe konnte der afghanische Widerstand die Sowjetunion 1989 zum Rückzug zwingen. Die Niederlage im Afghanistan hat massgeblich zum Ende der Sowjetunion beigetragen. Der Krieg in Afghanistan geht unter wechselnden Vorzeichen bis heute weiter.

Ungarn-Aufstand

1956 lehnten sich die Ungarn in einem Aufstand gegen die kommunistische Partei und die sowjetische Besatzungsmacht auf. Binnen weniger Tage schickte die Sowjetunion militärische Verstärkung und liess den Aufstand blutig niederschlagen. Der ungarische Präsident Imre Nagy wurde abgesetzt und durch den moskautreuen Vasallen János Kádár ersetzt.

Der Aufstand der ungarischen Bevölkerung gegen die kommunistische Diktatur bewegte die Schweiz auf ungeahnte Art und Weise. Es entstanden zahlreiche Hilfs- und Solidaritätsaktionen. Hilfsgüter wurden nach Ungarn geschickt und in der Schweiz Demonstrationen und Fackelumzüge organisiert.

Mit dem Ungarn-Aufstand erreichte der Antikommunismus in der Schweiz seinen Höhepunkt. Die Schweiz nahm insgesamt 20'000 Flüchtlinge auf. Es gab Boykottaufrufe gegen osteuropäische Güter und die Forderung nach einer Einschränkung des kulturellen und sportlichen Austausches mit Ländern in Osteuropa.

Soziale Bewegungen für Frieden und gegen Atomkraft

Friedensbewegungen haben in Europa eine lange Tradition, die bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreicht. In den 1950er Jahren akzentuierte sich der Protest gegen die Atombombe. Einer der Vordenker dieser Bewegung war der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker (1912 – 2007).

In den USA entstand in den 1960er Jahren eine starke Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, zeitgleich mit der Hippie- und Bürgerrechtsbewegung, deren Anliegen sich immer wieder überlagerten. Diese Bewegungen waren auch in Deutschland und der Schweiz zu spüren. Ein kultureller Ausdruck dieser Bewegung war das Lied «Give peace a chance» von John Lennon und Yoko Ono aus dem Jahr 1969.

In den 1980er Jahren erstarkte die Friedensbewegung, ausgelöst durch den Nato-Beschluss über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen im Jahr 1979 auf dem Territorium der Bundesrepublik. Im Kontext der Friedensbewegung wurde 1981 in Deutschland die Grüne Partei gegründet.

Parallel zur Friedensbewegung entstand ab 1970 die Bewegung gegen Atomkraftwerke. Sie formierte sich zunächst im Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) und begann ihren jahrelangen Kampf gegen den Bau von AKWs in der Schweiz. Einer ihrer Höhepunkte war die Besetzung des Geländes für das geplante Kernkraftwerk Kaiseraugst in den Jahren 1973 bis 1975 durch die sogenannte Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK). Der Protest führte schliesslich zum Verzicht auf das Kernkraftwerk.

Die Katastrophe von Tschernobyl im Jahr 1988 verlieh der Bewegung neuen Schub. Dennoch wurden eine Reihe von Volksinitiativen gegen Atomkraft vom Volk abgelehnt. 1990 wurde die Initiative, die ein zehnjähriges Moratorium forderte, angenommen.

Der Friedensapostel Max Daetwyler

Jedes Kind wusste in den 1950er und 1960er Jahren, wer dieser Mann mit dem schlohweissen Bart und der weissen Fahne war: Der Friedensapostel Max Daetwyler (1886 – 1976). Einer der Höhepunkte seines Lebens war ein Besuch auf dem Roten Platz in Moskau im Jahr 1964. Eine Friedensdemo vor dem Kreml – das brauchte Mut und Entschlossenheit und daran mangelte es Max Daetwyler nie: «One God, One Sun, One Earth, One Fatherland of Men!» war seine Devise und er lebte den Pazifismus konsequent sein ganzes Leben. Als Soldat verweigerte er schon 1914 aus Protest gegen den Wahnsinn des Krieges den Fahneneid und wurde deshalb von der Armee ausgeschlossen. Fortan kämpfte er auf seine Art unermüdlich für Frieden. Er reiste durch die ganze Welt, sein Wunsch nach einem Gespräch mit den Mächtigen wurde ihm meistens ausgeschlagen. Der Ost-West Gegensatz beschäftigte ihn stark, in den 1960er Jahren setzte er sich für Abrüstung ein und trat in Ost- und Westberlin, in Moskau, Washington, Havanna, London, Kairo und Jerusalem auf. Er war regelmässiger Teilnehmer am Umzug zum 1. Mai in Zürich. Seine Person blieb auch nach seinem Tod 1976 in Erinnerung und inspirierte zu Filmen, Ausstellungen und Publikationen. In Zumikon, wo er zuletzt gelebt hatte, erinnert eine lebensgrosse Statue an den Mann mit der weissen Fahne. In Bern gibt es einen Platz mit seinem Namen.

Kultur im Kalten Krieg

Der Gegensatz zwischen Ost und West und die Bedrohung durch die Atombombe waren auch für das Kulturschaffen in der Zeit des Kalten Krieges ein dominantes Thema. Das zeigte sich in allen Bereichen, so etwa in der Popmusik aber auch in Literatur und Theater. Der amerikanische Geheimdienst CIA finanzierte eine Kulturinitiative und unterstützte damit indirekt auch Kulturschaffende in der Schweiz. Die Rede ist vom Kongress für kulturelle Freiheit (Congress for Cultural Freedom, CCF). Diese Organisation hatte ihren Hauptsitz in Paris und war von 1950 bis 1969 aktiv. Sie förderte unter anderem einen Austausch zwischen Europa und den USA an dem auch der Schweizer Schriftsteller Max Frisch teilnahm.

Friedrich Dürrenmatts Drama «Die Physiker» aus dem Jahr 1961 greift die Stimmung jener Jahre in einer Grotteske auf: Drei Physiker sitzen zusammen in einer Irrenanstalt. Einer von ihnen ist im Besitz einer Entdeckung, welche die Welt zerstören könnte. Die beiden anderen sind in Wirklichkeit Agenten fremder Staaten, die das Geheimnis stehlen wollen. Das Drama wurde in den 1960er Jahren zum meistgespielten Theaterstück im deutschsprachigen Raum.

Einer der wichtigsten Kritiker der Sowjetunion war der Russe Alexander Solschenizyn (1918 – 2008), Verfasser des «Archipel Gulag». Nach seiner Ausbürgerung im Jahr 1974 lebte er für zwei Jahre in der Schweiz als Gast des Zürcher Stadtpräsidenten Sigmund Widmer. Um ihn vor Neugierigen zu schützen, überliess er ihm sein Ferienhaus in Sternenbergr. Später stellte sich heraus, dass die Sekretärin, die man für ihn gesucht hatte, für den KGB arbeitete. Solschenizyn verliess die Schweiz 1976 und ging nach Vermont in die USA.

Quellen: Historisches Lexikon der Schweiz, Bundesarchiv, Wikipedia, Medienarchive (NZZ, TA, Swiss Info, WOZ)

Dominik Landwehr ist Kultur und Medienwissenschaftler und lebt in Winterthur. Er beschäftigt sich mit Schweizer Geschichte des 20. Jahrhunderts und hat mit einer Arbeit über die Geschichte der Enigma und der Entwicklung der Kryptografie promoviert. www.sternenjaeger.ch.



Pin «Atomkraft? Nein Danke». Bild: Sozialarchiv Zürich



Plakat zum Non-Proliferation Treaty: Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag von 1970. Bild: Sozialarchiv Zürich



Der Kontrollraum des Versuchsatomkraftwerks Lucens, 1968. Foto: Josef Schmid

wesentlich grösseren Anlagen. Die Schwerverwasser-Reaktoren vom Typ Lucens waren nicht mehr attraktiv.

Die Versuchsanlage Lucens wollte man jedoch fertig bauen und für zwei Jahre betreiben, um daran die Probleme, die beim Bau und Betrieb eines AKW auftreten, zu studieren. Schliesslich funktionierten die von Escher-Wyss gelieferten Gebläse für die Umwälzung des Kühlgases CO2 nach anfänglich gutem Betrieb nicht richtig. Der Historiker Tobias Wildi, Autor der Studie «Der Traum vom eigenen Reaktor» schreibt: «Escher-Wyss gelang es bis zuletzt nicht, die Gebläse befriedigend abzudübeln.»

Das Versuchsatomkraftwerk Lucens lieferte am 28. Januar 1968 zum ersten Mal Strom, den ersten Schweizer Atomstrom überhaupt. Im Lauf des Jahres 1968 wurde der Betrieb für anstehende Revisionen unterbrochen. Während dieser Revisionen konnte Wasser eindringen und einlige Brennstäbe begannen zu korrodieren. Das Ausmass der Korrosion wurde unterschätzt und so kam es dann zum fatalen Unglück am 21. Januar 1969. Das schreibt der Untersuchungsbericht, der erst zehn Jahre nach dem Unglück veröffentlicht wurde.

Otto Lüscher zeigt sich heute noch bestürzt, über die an sich banale Ursache der Havarie: «Unglaublich, dass man nicht mal diese einfache Technologie im Griff hatte». Die Geschichte von Lucens lehrt, dass die Beherrschung der Atomkraft eine Herausforderung ist und dass es eine lange Entwicklungsarbeit braucht. Die USA hatten einen riesigen Vorsprung und bauten bereits während des Krieges Kernreaktoren. Die Schweiz war erst spät in die Entwicklung eingestiegen und konnte den Rückstand nicht mehr wegt machen.

Es gibt allerdings auch Stimmen, die das Ganze weniger dramatisch sehen: «Der Reaktor war auf zwei Jahre angelegt, er funktionierte während eines Jahres und erlaubte wertvolle Einsichten. Die Dimension der Havarie wird auch heute noch übertrieben dargestellt», sagt einer der direkt Beteiligten aus Winterthur, der seinen Namen nicht in der Zeitung sehen will. Am Ende des Abenteuers gab's noch eine dicke Rechnung: Am Ende des Jahres gab es zwei Millionen Franken bei einem Umsatz von 20 Millionen. Lüscher erinnert sich Lüscher: «Ich musste zwei Millionen Franken bei den 22 Mitgliedern des Thermoatom-Konsortiums einsammeln und persönlich in Bern beim Chef der Nationalen Gesellschaft für Förderung der industriellen Atomtechnik NGA abliefern. Dafür erhielt ich 500 Aktien der NGA im Wert von je einem Franken zurück.» Lucens war ein Trauma für die Schweizer Industriegeschichte. Der Kernenergie-Pionier Rudolf Sontheim nannte es 2003 «Das Mangiano der Schweizer Industrie».

Sulzer fand nach dem Rückzug aus dem Lucens-Projekt neue Geschäftsfelder im Bereich der Komponenten für Atomkraftwerke: Reaktor-Druckbehälter, Reaktor-Containments, Containment-Druckentlastungs-Anlagen, Dampferzeuger, Brennelement-Gerüste, Ventile. Sulzer konnte in diesem Bereich erfolgreich in viele Länder liefern. Neu engagierte Sulzer sich in der Bestrahlungstechnik für Lebensmittel und Medizin, naizubehor, hier fand auch Otto Lüscher weitere Aufgaben. «So gab es für den Winterthurer Konzern trotz allem noch ein Happy End!», sagt ein ehemaliger Sulzer Kadermitarbeiter.

Quellen Lucens-Bericht des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSIS) Michael Fischer (2019). *Atomfieber. Eine Geschichte der Atomenergie in der Schweiz*. Baden: Hier und Jetzt.

Tobias Wildi (2003). *Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969*. Zürich: Chronos Verlag.

machte über ein gut gehütetes Monopol. Neben der USA und der Sowjetunion verfügten auch England und Frankreich über Atomwaffen, China kam 1964 dazu.

Überraschend aus heutiger Sicht: Die friedliche Nutzung der Kernkraft zur Energieproduktion war damals in der Schweiz nicht kontrovers und wurde von allen Parteien unterstützt. Die Anti-Atomkraftbewegung entstand erst in den 70er Jahren.

Mitte der 50er Jahre kam auch Otto Lüscher unerwartet zur Kernkraft. Er arbeitete damals im Bereich Apparatebau von Sulzer. Eines Tages wurden die Ingenieure seiner Abteilung ins Büro gerufen. Man teilte ihnen mit, dass Sulzer diese Gruppe auflösen würde und die Ingenieure eine neue Arbeit suchen müssten. Das war für den jungen Lüscher kein Problem und er bewarb sich für eine Stelle bei Hoffman-La Roche. Noch während des Vorstellungsgesprachs in Basel klingelte beim dortigen Personalchef das Telefon: Lüscher würde bei Sulzer gebraucht. Zurück in Winterthur erfuhr Lüscher, dass er ab sofort für die Sparte Kernkraft arbeiten würde. «Aber ich habe doch keine Ahnung von diesem Thema», meinte er. Kein Problem, entgegnete man ihm, man würde ihn ausbilden und so geschah es dann auch. Die kleine Anekdotie ist typisch für die Situation jener Zeit: Es gab in der Schweiz zwar Nuklearphysiker wie etwa den berühmten ETH-Professor Paul Scherrer (1890–1969). Aber Ingenieure, die diese Technologie kannten und beherrschen gab es noch nicht.

Lucens war als Versuchsatomkraftwerk mit einer kleinen Leistung geplant. Trotzdem war der Bau eine Mammutaufgabe. Niemand in der Schweiz hatte je etwas Ähnliches gebaut. Träger des Projekts war ein Konsortium namens Thermoatom, in dem zahlreiche Schweizer Industriefirmen wie Sulzer, Escher-Wyss, Landis & Gyr, Sécheron zusammengeschlossen waren. Nicht dabei war die Badener BBC, die sich mit den Nordost-Schweizer Kraftwerken NOK und weiteren Elektrizitätswerken für den Kauf eines fertigen AKWs engagierte. Für ein solches Werk konnte die Badener BBC Turbinen liefern, an einer Entwicklung waren sie hingegen nicht interessiert. Sulzer glaubte an die Zukunft der Atomenergie und wollte an vorderster Front dabei sein. Sie waren weltweit führend bei Entwicklung und Produktion von Hochdruck-Dampferzeugern für thermische Kraftwerke und bei der Produktion von Diesel-Generatoren. Die Führung der Thermoatom lag denn auch bei Sulzer.

Otto Lüscher war für die Bereitstellung von Brennelementen verantwortlich. Als Sulzer für einen anderen, kleineren versuchsreaktor namens Diorit in Würenlingen Brennstäbe beschaffen musste, fiel dies mit in seinen Verantwortungsbereich. Eine Firma aus dem französischen Grenoble hatte den Zuschlag erhalten. Er fuhr mit seinem Wagen zur Abnahme einer ersten Teillieferung und als er die handliche Kiste erpöckelte schlug er vor, sie gleich in seinen Wagen zu packen. Der zuständige Vertreter der Verkaufsfirma fand das keine gute Idee, willigte aber schliesslich ein und so fuhr Otto Lüscher mit seinem Wagen zum Grenzübergang Genf. Dort wiederholten sich die Diskussionen und man wollte ihn nicht über die Grenze lassen. Der Beamte wollte die Brennstäbe keinesfalls im Zollgebäude lagern und stellte sie in einem Wirtshaus in der Nähe ein. Am nächsten Tag fuhr Otto Lüscher wieder mit dem Wagen vor. Die Fragen waren offenbar mittlerweile geklärt, und so brachte er die kostbare Lieferung in die Schweiz.

Der Bau des Versuchsreaktors Lucens stand unter keinem guten Stern: Schon beim Bau der Kaverne gab es Probleme und es entstand Risse im Felsen. Die Bauarbeiten verteuerten sich mehrmals und der Bund musste Nachtragskredite bewilligen. Aus den ursprünglich geplanten 64,5 Millionen Franken wurden schliesslich 112,3 Millionen Franken.

Am 7. Februar 1964 erlitt das Projekt einen weiteren Dämpfer: Die Nordostschweizer Kraftwerke NOK entscheiden sich definitiv für den Kauf eines fixfertigen Atomreaktors aus den USA. 1967 beschloss Sulzer, auf eine Eigenentwicklung zu verzichten. Man war nichtern zum Schluss gekommen, dass die Schweiz weder personell noch finanziell in der Lage war, eine solche Aufgabe zu stemmen. Angereichertes Uran war nun plötzlich leicht erhältlich und es gab einen Trend zu

Faszination Kernenergie

DL: Welche Rolle spielte der Unfall von Lucens? Welcher Schaden ist entstanden?

Von Dominik Landwehr

Mein Gesprächspartner hat Maschinenbau studiert und 1955 mit Diplom an der ETH abgeschlossen. Er war danach in der Industrie im Bereich Kernkraft und später in der Bundesverwaltung tätig, wo er sich ebenfalls mit Atomenergie beschäftigte. Er möchte seinen Namen nicht in der Zeitung sehen und hat die Fragen schriftlich beantwortet.

DL: Was geht Ihnen in diesen Tagen durch den Kopf, als sie von der Drohung Russlands hörten, nukleare Waffen einzusetzen?

Ich beantworte gerne Fragen zu Entwicklung und Betrieb der Nutzung von Atomkernenergie für die Stromerzeugung in der Schweiz, möchte dabei aber keine Erwähnung oder Vergleiche mit militärischer Nutzung dieser Energie. Diese führen immer wieder dazu, dass die beiden Nutzungsarten als quasi gleichwertig und eng vermascht betrachtet werden, woraus sich ein Hauptargument der Kernenergiegegner*Innen entwickelt hat. In gleicher Weise müsste ja auch die gesamte Schwerindustrie abgelehnt werden, bei deren Entwicklung kriegerische Anwendungen ebenfalls eine Rolle spielten.

DL: Sie haben fast das ganze berufliche Leben mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie verbracht. Was hast sie daran fasziniert?

An der schweizerischen Landesausstellung 1939 galt das Schlagwort «Die weisse Kohle». Damit wurde die neu aufgekommene Möglichkeit bezeichnet, Strom mittels Wasserkraftwerken – insbesondere auch unter Einsatz künstlicher Stauseen – zu produzieren und so den Strombedarf der Schweiz eigenständig zu decken.

Ende der fünfziger Jahre waren dann aber Grenzen dieser Eigenständigkeit abzusehen. Gründe waren einerseits das unerwartet starke wirtschaftliche Wachstum des Landes, andererseits aber auch die Opposition gegen einzelne Stauseeprojekte (zum Beispiel im Urserental). Als Alternativen standen zunächst thermische Kraftwerke, die mit Kohle oder Öl betrieben würden, zur Diskussion. Sie stiessen aber wegen der damit verbundenen Luftverschmutzung auf starke Ablehnung. Es war dann ausge-rechnet ein sozialdemokratischer Bundesrat (Wiili Spühler), der die Möglichkeit der neu aufkommenden Kernkraftwerke favorisierte.

Die schweizerische Maschinenindustrie hat zur Entwicklung thermischer Kraftwerke weltweit beachtliche Beiträge geleistet. Dazu gehören insbesondere die grossen Dampfturbinen von Brown Boveri und Escher Wyss sowie die grossen Dampferzeuger und mittelgrosse Dieselmotoren von Sulzer. Der Schritt zum Ersatz der fossilen Brennstoffe durch nukleare Spaltstoffe in Kernkraftwerken (KKW bzw. AKW) lag somit nahe.

DL: Was waren die wichtigsten Stationen?

März 1955: Gründung der Reaktor AG mit Partnern aus der schweizerischen Industrie, Finanz- und Elektrobranche (Initianten Paul Scherrer und Walter Boveri). Ziel war die Entwicklung einer Reaktorlinie mit Natururan als Brennstoff.

10. Oktober 1960: Inbetriebsetzung des von der Reaktor AG erstellten Forschungsreaktors Diorit.

28. Januar 1968: Einspeisung des ersten nuklear erzeugten Stromes in das öffentliche Netz der Schweiz. Der Strom kam vom Versuchsreaktor Lucens. Er wurde von der Arbeitsgemeins-chaft Lucens gebaut. Das war ein Zusammenschluss schweizerischer Industriebetriebe ohne BBC, welche an einer Entwicklung in Deutschland, nicht aber in der Schweiz interessiert war.

KKW Beznau 1: Netzanschluss Juli 1969
KKW Mühleberg: Netzanschluss Juli 1971
KKW Beznau 2: Netzanschluss Oktober 1971
KKW Gösgen: Netzanschluss Februar 1979
KKW Leibstadt: Netzanschluss Mai 1984

DL: Es gab ja verschiedene Phasen. Eine davon die Pionierzeit mit der Genfer Konferenz und kleinen Versuchsreaktoren. Wie war die Stimmung in jener Zeit in Bezug auf die Nutzung der Atomenergie?

Initiant der Genfer Konferenz 1955 war der amerikanische Präsident Eisenhower, welcher das Interesse an der Atomkernenergie auf deren friedliche Nutzung lenken und dabei eine internationale Kontrolle über deren weltweite Verwendung erreichen wollte. Die Ende der fünfziger Jahre in Bau gegangenen KKW wiesen maximale Leistungen von 100 bis 200 MWe (Megawatt elektrisch) auf. Grössen die lange als Richtwerte für die schweizerischen Eigenentwicklungen dienten.

DL: Der Bundesrat hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ja auch beschlossen, eigene Atomwaffen herzustellen.

Ende 1945 wurde vom Chef des eidg. Militärdepartementes die Studienkommission für Atomenergie (SKA) gegründet. Zweck waren Studien über Möglichkeiten der Anwendung der Atomkernenergie, zunächst insbesondere militärischer Art. Einen Beschluss des Gesamtbundesrates, eigene Atomwaffen herzustellen, gibt es nicht. Nachdem diese Frage lange offen gehalten wurde, verzichtete der Bundesrat im November 1969 durch Unterschreiben des Atomspervertrages für die Schweiz endgültig darauf.

DL: Welche Rolle spielte der Unfall von Lucens? Welcher Schaden ist entstanden?

Die Havarie des Versuchsatomkraftwerkes Lucens (VAKL) im Januar 1969 war Folge eines Stillstandschadens in der Anlage. Als Ursache dieses Schadens kann das Fehlen einer Entwicklungsvorrichtung für eine Wasserringdichtung betrachtet werden. Diese war nach dem 1977 erfolgten Entscheid über den Verzicht auf die Weiterentwicklung des Lucens-Reaktortypes abgebrochen worden, ohne ihren allfälligen Nutzen während der noch bis Ende 1969 vorgesehen Erprobung der Gesamtanlage zu berücksichtigen.

Wichtige Erfahrungen aus Bau und Betrieb des Versuchsatomkraftwerkes Lucens waren unter anderem:

- Entwicklung von nuklear-spezifischen Komponenten wie z.B. die Dampferzeuger.

- Erfahrung mit Werkstoffen wie Graphit, Zirkon, etc.

- Verhalten und Bewahrung spezieller Sicherheitsvorrichtungen für das zuverlässige Abstellen und das Zurückhalten freigesetzter Aktivstoffe in Extremfällen wie z.B. Bruchplatten und Felscontainment.

- Besondere Bedeutung hatte die gemachte Erfahrung, dass schon bei der Festlegung des Konzeptes einer neuen Anlage die Sicherheit erste Priorität haben muss. Im Fall Lucens stand dagegen eher die Möglichkeit der Verwendung von Natururan im Zentrum.

Der durch die Havarie entstandene Schaden ist der Verlust der zusätzlichen einjährigen Betriebserfahrung, aber auch der beim Rückbau der kontaminierten Anlage nötige Mehraufwand. Strahlenschäden sind weder beim Personal noch in der Umwelt entstanden.

DL: Der Unfall wurde in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Das überrascht. Warum war das so?

Ich lebte 1969 nicht in der Schweiz, habe jedoch den Eindruck, dass die Havarie Lucens stark zur Unterstützung der Anti AKW-Bewegung beigetragen hat. Dies allerdings weitgehend durch falsches Verständnis und zum Teil bewusste Fehlinterpretation des Geschehenen. Falsches Verständnis führte zum Glauben, die Havarie hätte sich bei etwas anderem Ablauf zu einer nuklearen Katastrophe ausweiten können. Dazu nötiges Schadenpotential war jedoch gar nicht vorhanden. Unfallabläufe der eingetretenen Art waren im Sicherheitsbericht behandelt worden und die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen haben funktioniert. Fehlinterpretation ist die oft gehörte Behauptung, es sei die Havarie gewesen, welche zum Abbruch der Eigenentwicklung eines KKW in der Schweiz geführt habe. Gründe dafür waren in Wirklichkeit die unerwartet leichte Erhältlichkeit von angereichertem Uran und die Tendenz zu sehr grossen Leistungen des einzelnen KKW. Dies überstieg die geschäftlichen Interessen der Firma Sulzer, welche sich in der Folge auf Einzelkomponenten und Teilsysteme solcher KKW spezialisierte.

DL: Die Anti AKW-Bewegung entstand Mitte 70er Jahre. Wie haben Sie das wahrgenommen?

Schwierig bei Diskussionen mit Atomgegner*innen waren oft dort mangelnde Fachkenntnisse und Vorurteile. Neben Meinungsverschiedenheiten gab es auch sachliche Übereinstimmungen. Dabei mussten wir darauf hinweisen, dass unsere Rolle als Aufsichtsbehörde die des professionellen Kritikers ist, der die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen überprüft und fordert, nicht aber für oder gegen die Nutzung der Atomkernenergie entscheidet.

Voraussetzung für die Mitglieder der Sicherheitskommission KSA waren gute Fachkenntnisse auf mindestens einem Gebiet der Nukleartechnik. Politische Einstellung wurde nicht nachgefragt und spielte im Allgemeinen keine Rolle. Ausnahmen ergaben sich in den späteren Jahren, als darauf geachtet wurde, dass mindestens ein bis zwei Mitglieder grundsätzlich gegen die Nutzung der Atomkernenergie waren. Fronten innerhalb der Kommission sind dabei nicht entstanden.

DL: Kaiseraugst wurde nicht gebaut, dafür Gösgen und Leibstadt. Beznau und Mühleberg existierten bereits...

Erste Gesuche für die KKW-Standorte Gösgen, Graben, Kaiseraugst, Leibstadt, Rüthi, und Verbois wurden zwischen 1965 und 1970 eingereicht. Alle diese Projekte waren ursprünglich für Flusswasserkühlung vorgesehen und mussten auf Kühltürme umgestellt werden. Zusätzliche Probleme ergaben sich für Leibstadt und Kaiseraugst wegen Standortverschiebungen und der Forderung für ursprünglich nicht vorgesehene Notstandssysteme. Der Standort Kaiseraugst war ursprünglich für ein Kohlekraftwerk vorgesehen mit dem Vorteil eines besonders günstigen Hafens für die Brennstofflieferung. Für ein KKW besonders nachteilig war aber das Erdbebenrisiko und die hohe Bevölkerungsdichte.

DL: Welche Bedeutung hatte für Sie der Reaktorunfall von Tschernobyl?

Noch weitgehender als in Fukushima fehlten in Tschernobyl wichtige bei uns übliche Sicherheitsmerkmale. Dadurch konnten sich gefährliche instabile Zustände einstellen. Zusätzlich lagen schwerwiegende Mängel in dem Bereich vor, der anschliessend weltweit als Sicherheitskultur bezeichnet wurde. Dazu gehören ausreichende Ausbildung des Betriebspersonals und organisatorisch klare Verhältnisse mit Priorität der nuklearen Sicherheit. Abgesehen von vielleicht entsprechend deutlicheren Formulierungen der Vorschriften waren bei uns keine Änderungen notwendig. Als Rechtfertigung unseres Vorgehens erwiesen sich die in der Schweiz vorbereiteten Notfall-

schutzmassnahmen, welche die zahlreichen bei russischen Kindern aufgetretenen Schilddrüsen-Kreberkrankungen vermieden hätten.

DL: Welche Perspektiven sehen Sie für die Atomenergie in der Schweiz?

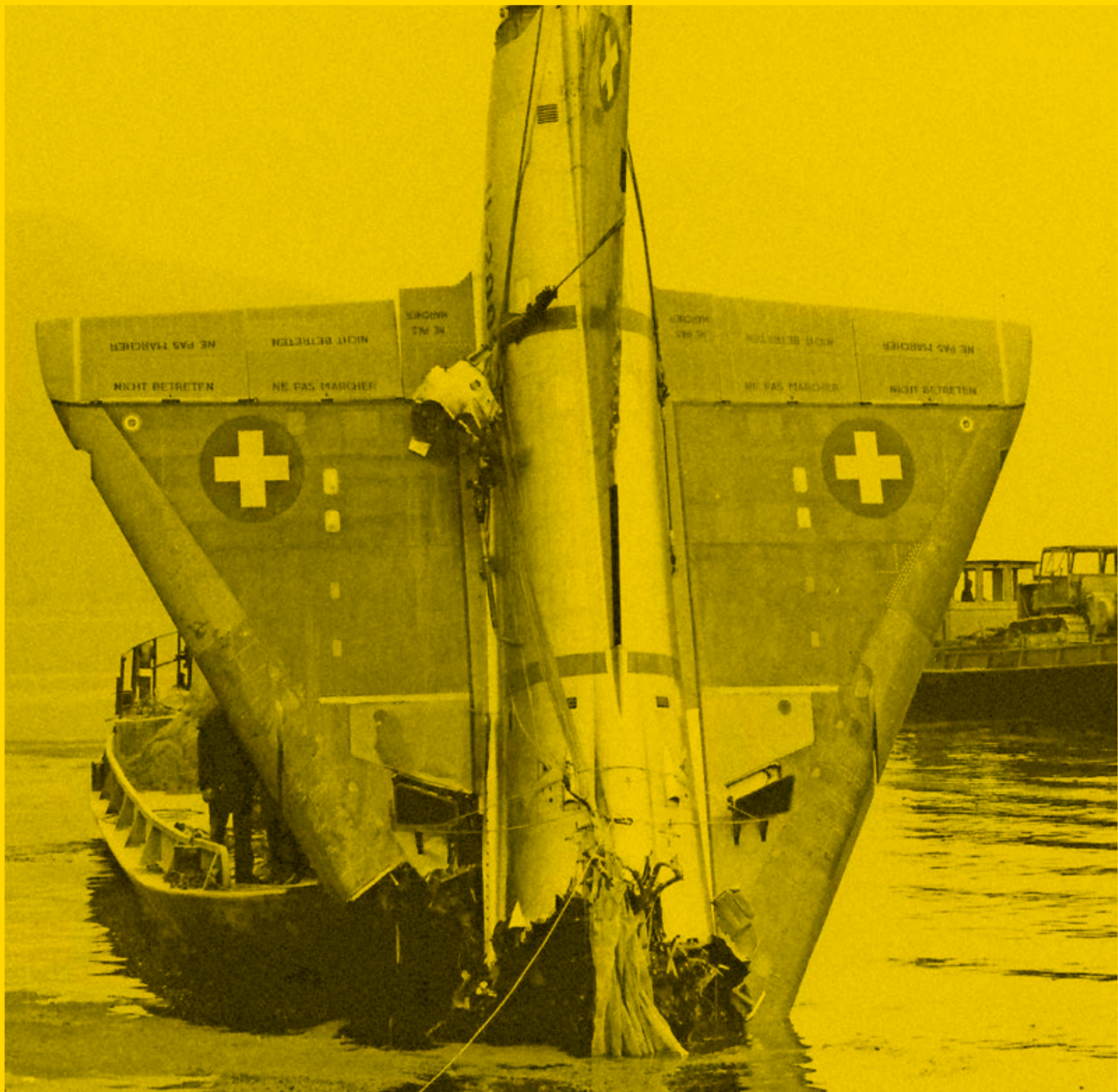
Vor dem Fukushima-Unfall 2011 standen einige neue KKW-Projekte an mehreren Schweizer Standorten in Vorbereitung; Betriebsaufnahmen wären im Laufe der zwanziger Jahre möglich gewesen. Zwar wurde bald klar, dass die in den bestehenden Schweizer KKW vorhandenen oder nachgerüsteten Sicherheitsvorkehrungen Unfallabläufe wie in den japanischen Anlagen verhindert oder wesentlich gemildert hätten; überdies wurden in den neuen Projekten zusätzliche Sicherheitsstrukturen vorgesehen. Der Schock über das Geschehen im technisch hochentwickelten Land Japan sass tief. Über den von den politisch verantwortlichen Stellen verfügten Abbruch der Projektarbeiten in der Schweiz wurde entschieden, ohne dass sich die für Strombedarfsprognosen und Sicherheitsbeurteilungen zuständigen Fachstellen dazu hätten äussern können.

Ein heutiger Entscheid für einen KKW-Bau in der Schweiz käme zu spät für das Vermeiden der absehbaren Stromlücke in unserem Land. Die seinerzeit zu optimistischen Annahmen einerseits über den Ausbau zusätzlicher nachhaltiger Stromproduktion sowie Sparaktionen und andererseits notwendigem Ersatz von Verbr-nungsenergie durch Strom sowie Neubedarf von Strom durch Wirtschaftswachstum bedingen dringend den Bau von Gaskraftwerken mindestens für die saisonale Energiespeicherung. Zu untersuchen bleibt, wieweit dies durch Speicherung von Importierem oder selbst produziertem Gas möglich ist.

Zusätzlich sollten schon bald auch die Möglichkeiten späterer Realisierung von Kernkraftwerken aktueller und noch weiter fortgeschrittener Bauart (für Kern-Spaltung und -Fusion) vorbereitet und offengehalten werden. Wir wissen nicht, wann wir sie brauchen würden.

DL: Wie stehen Sie zur Frage des Endlagers – zum Beispiel im Weinland?

Um Hütepflchten künftiger Generationen zu vermeiden, müssen Endlager für nicht weiter verwendbare radioaktive Abfälle errichtet werden. Das Schadenspotential ist aus heutiger Sicht sehr viel geringer als dasjenige von Kernkraftwerken, möglicherweise aber etwas höher als das des ursprünglich verwendeten Urans, was durch geeignete Standortwahl und Gestaltung des Lagers kompensiert werden soll. Die technische Realisierbarkeit solcher Lager ist nachgewiesen worden. Die Opposition im Weinland richtet sich vorwiegend gegen die Sichtbarkeit grosser oberirdischer Bauwerke; wieweit annehmbare Standorte oder aber unterirdische Anordnung für diese gefunden werden können, ist mir nicht bekannt.



OUT